

Nr. **XIX. GP.-NR.**
66 1J
1994 -11- 30

Anfrage

**der Abgeordneten Firlinger, Haselsteiner, Partnerinnen und Partner
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich durch Privatisierungs- und
verkehrspolitische Maßnahmen**

Um für Österreich das volle Entwicklungspotential aus dem EU-Beitritt zu schöpfen, müssen der heimischen Wirtschaft Rahmenbedingungen gegeben werden, die nicht nur EU-kompatibel sind, sondern es der österreichischen Wirtschaft auch ermöglichen, ihre spezifischen Stärken im internationalen Wettbewerb voll auszuspielen.

Rein nachfrageseitige Wirtschaftsankurbelung muß bei einem im Konsumbereich so importabhängigen Land wie Österreich zu enormen Geldabflüssen führen. Übergeordnetes Ziel muß daher neben dem Erhalt der Binnenkaufkraft vorrangig die Stärkung der Unternehmen sein, damit diese auch in der Europäischen Union bestehen können. Exportchancen liegen aber insbesondere auch im Ostgeschäft, die jedoch ebenso wie die Möglichkeiten der europäischen Integration, nur von Unternehmen mit rein marktwirtschaftlich ausgerichteten Entscheidungs- und Unternehmensstrukturen genutzt werden können. Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich, v.a. aber seiner Industrie, heißt also auch zügige Privatisierungspolitik.

Die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich ist laut Arbeitsübereinkommen auch eines der zentralen Anliegen der neuen (alten) Koalitionsregierung. Auch die Notwendigkeit zügiger Privatisierungen wird, wie schon im letzten Arbeitsübereinkommen, nicht mehr bezweifelt. Die Fragen nach der realen Umsetzung bleiben jedoch ebenso unbeantwortet, wie jene nach dem Grund für die weitreichende Untätigkeit der Regierung in der vergangen Legislaturperiode.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten daher folgende

Anfrage

1. Mit welchen konkreten politischen Instrumentarien werden Sie die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich in den nächsten Jahren sichern?
2. Mit welchen Maßnahmen werden Sie wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer Gerechtigkeit verbinden, wie dies im Arbeitsübereinkommen zu lesen ist?
3. In welcher Form werden Sie dem Phänomen der Schwarzarbeit entgegentreten?
4. Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Sicherung des versprochenen hohen Beschäftigungsniveaus sind seitens Ihres Ministeriums geplant?
5. Mit welchen konkreten politischen Maßnahmen werden Sie die versprochenen 200.000 zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen?
6. Wie sichern Sie die verkehrsmäßige Anbindung und Eingliederung Österreichs in ein gesamteuropäisches Verkehrskonzept zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich, und was verstehen Sie unter verkehrsübergreifenden Masterplänen?
7. Die Umsetzung welcher konkreten Bahnausbauprojekte zu welchen Zeitpunkten ist in dieser Legislaturperiode geplant?
8. Mit welchen Maßnahmen werden Sie den jährlichen Defiziten der ÖBB begegnen?
9. Welche konkreten Neuerungen sind im Bereich der von Ihrem Ministerium verwalteten Förderungsprogramme des Bundes in den Bereichen
 - a. Innovation
 - b. Aus- und Weiterbildung
 - c. Umweltschutz
 - d. verbesserte Infrastruktur
 - e. und ausgewogene regionale Entwicklung geplant?
10. Welche innerstaatlichen Umsetzungsmaßnahmen sind seitens Ihres Ministeriums hinsichtlich einschlägiger EU-Förderungsprogramme geplant?

11. Welche konkreten Privatisierungsschritte sind im Bereich der Verstaatlichten Industrie in dieser Legislaturperiode geplant, und gibt es hierfür einen Zeitplan?
12. Mit welchen wirtschaftspolitischen Initiativen werden Sie der fortschreitenden Ostöffnung in der kommenden Legislaturperiode Rechnung tragen und die Nutzung sich ergebender Chancen verstärkt fördern?
13. Mit welchen Maßnahmen begegnen Sie der wirtschaftsfeindlich ausufernden Bürokratie und der immer noch fatal zunehmenden Planungsunsicherheit für die Unternehmen in Ihrem Verantwortungsbereich?
14. In welcher Form und mit welchen konkreten Initiativen werden Sie aktiven Einfluß auf die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union nehmen?
15. Mit welcher Begründung rechtfertigen Sie die Aussage Ihres Staatssekretärs, Privatisierungsschritte im Bereich der österreichischen Post ständen in dieser Legislaturperiode nicht zur Debatte?
16. Wann wird die Bundesregierung einen neuen Entwurf für ein Poststrukturgesetz vorlegen?
17. Für wie wichtig halten Sie das Infrastrukturmerkmal "moderne, funktionierende Telekommunikation" für einen Wirtschaftsstandort?
18. Auf welche Weise gewährleisten Sie, daß die österreichische Bundespost zeitgerecht auf den liberalisierten Markt der Europäischen Union (1998) vorbereitet wird, um im internationalen Wettbewerb gegen Mitbewerber bestehen zu können?
19. Auf welche Weise werden Sie die vollständige wirtschaftliche, organisatorische und rechtliche Trennung der vier Operationsfelder der Post gewährleisten:
 - ◆ Telekommunikation
 - ◆ Gelbe Post
 - ◆ Sparkassenwesen
 - ◆ Verkehr (Busdienst)
20. Wie werden Sie verhindern, daß es in der Zukunft weiterhin zu substanzgefährdenden Quersubventionierungen im Bereich der österreichischen Bundespost kommt?
21. Welche Vorkehrungen treffen Sie als verantwortlicher Minister, damit die Eigenkapitalquote der Post nicht weiter sinkt bzw. gestärkt wird?

22. Wie werden Sie in Zukunft die finanzielle Aushöhlung der Post durch das Abführen von erzielten Gewinnen an das Finanzministerium verhindern?
23. Wie sieht das Investitionskonzept der Post zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich genau aus?
24. Wie sieht die Zeitplanung für die Umsetzung des Investitionsprogrammes aus?
25. Wie wird die Umsetzung des Investitionsprogrammes finanziert?
26. Welche Vorkehrungen treffen Sie, um den wirtschaftlichen Erfolg der "gelben Post" ohne Quersubventionierungen zu ermöglichen?
27. Welche Gründe stehen aus Ihrer Sicht einer vollständigen Privatisierung von ÖBB- und Post-Busdienst in einem Unternehmen entgegen?
28. Wie wird die Organisation des Postsparkassenwesens im Rahmen des Unternehmenskonglomerates "Österreichische Bundespost" aussehen?
29. Welche Gründe stehen einem einheitlichen Telefontarif für das gesamte österreichische Bundesgebiet entgegen?
30. Welche Entwicklungen sehen Sie hinsichtlich der Tarifentwicklung im Telekommunikationsbereich für die Zeit nach dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union voraus?